

SHORT NEWS

Ecole : ça discute !

Ça fuse de toutes parts. Le conflit scolaire a poussé plusieurs enseignants à prendre la plume. Anna Maria Valente, chargée de cours depuis 40 ans dans l'enseignement fondamental, compare l'école à un « établissement psychiatrique ». La contribution est assez originale tant sur le fond que sur la forme : Dix points récapitulent, de manière parfois un peu brouillonne, différentes situations auxquelles élèves et enseignants sont confrontés. Pour en conclure qu'il vaudrait mieux chambouler de fond en comble le système actuel, au lieu de lui superposer des réformes qui ne font que s'adapter à un cadre qu'elle juge inefficace dans son essence. Dans un registre plus prosaïque, Françoise Brück, qui enseigne l'allemand au LCE, revient sur « l'éclat » de l'entrevue entre le ministère et 600 enseignants, dont un grand nombre a déserté la salle au bout de deux heures après s'être entendu dire par la ministre qu'ils n'étaient pas représentatifs de leur corps professionnel. Les griefs y sont plus classiques : scepticisme quant à l'évaluation par notes ou du travail d'envergure. Des discussions qui risquent de tourner en rond longtemps, sauf si, comme l'affirme dans une interview au Wort le professeur Romain Martin de l'Université du Luxembourg : « Nous avons un problème fondamental à nous défaire de notre contexte et de nous imaginer quelque chose de nouveau ». Cela pourrait tout aussi bien valoir pour le ministère que pour certains enseignants.

Auf den Mann gekommen

„Wann ist ein Mann ein Mann?“, fragte Chancengleichheitsministerin Françoise Hetto-Gaasch bei der Konferenz „Mensch Mann“ am letzten Freitag in Anspielung auf das bekannte „Männer“-Lied von Herbert Grönemeyer in die Runde. „Männer kämpfen, Frauen suchen Hilfe“, so Gaasch - Männer hätten eine andere Art mit Lebenskrisen umzugehen, das männliche Rollenverständnis sei - bedingt durch spezifische Geschlechtszuschreibungen der Gesellschaft - ein anderes. Hetto-Gaasch hat sich nun also der Männerarbeit verschrieben. Dazu wurde im Vorfeld der „Mensch Mann“-Tagung eine Bestandsaufnahme der in Luxemburg vorhandenen Träger, Projekte und engagierten Einzelpersonen, die in der jüngeren Vergangenheit geschlechtsreflektierte Jungen- und Männerarbeit durchgeführt hatten, erstellt, um auf ihrer Grundlage ein zukünftiges Projekt bzw. Netzwerk dazu in Luxemburg zu schaffen. Wie dieses Männerbüro aussehen könnte, darum ging es beim anschließenden Rundtischgespräch, bei dem die Männer letztlich in der Minderheit waren. Dabei wurde darauf verwiesen, dass es wünschenswert wäre, wenn Männer hier selbst aktiv würden und dass es nicht darum gehen sollte, einen Aktivismus, der überall Männerbenachteiligungen sieht, zu betreiben. Letztlich würden auch die gesellschaftlichen Realitäten nach wie vor offenbaren, dass es vor allem Frauen sind, die die Doppelbelastung in Familie und Beruf tragen müssten, auf den Chefetagen und in der Politik jedoch unterrepräsentiert sind. Im Sinne des Gender-Mainstreamings sei es, wenn mehr Teilzeitarbeit auch für Männer geschaffen würde und Männer per Gesetz zum „congé parental“ verpflichtet würden, so einige Meinungen.

Bissen: Nur die Spitze des Eisbergs

Für den Mouvement écologique ist „nicht nachvollziehbar“, dass in Bissen, teilweise in einem Auwald, tausende von illegal deponierten Altreifen „gefunden“ wurden. Doch über Bissen hinaus gelte es endlich eine effiziente Politik der Altlastensanierung in die Wege zu leiten, so wie der Mecos sie seit Jahren fordere. Es könne davon ausgegangen werden, dass es im Lande zahlreiche derartige Altlasten gibt. Manche davon sogar ganz legal. Es reiche aber nicht Altlasten nur zu erfassen, wenn danach keine Maßnahmen ergriffen werden, um sie aus der Welt zu schaffen. Für die Zukunft müsse endlich gesetzlich verankert werden, dass der Verursacher jedweder Belastung von Wasser und Boden für deren Sanierung aufkommen muss. Ein „Altlasten-Haftungsfonds“, gespeist von der Industrie, sollte für die Sanierung von Altlasten sorgen, falls der tatsächliche Verursacher unentdeckt bleibt.

AKTUELL

KINDERRECHTE

Recht auf Schutz

Christiane Walerich

In seinem aktuellen Jahresbericht prangert das „Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand“ Mißstände an und gibt Empfehlungen. Um Kinderrechten mehr Gewicht zu verschaffen, müssten sie auch in der Verfassung verankert werden.

Nazrim, aus einem Land in Afrika stammend, 14 Jahre alt, besitzt weder einen Pass noch eine Geburtsurkunde. Seit zwei Jahren besucht er eine Schule in Luxemburg. Obwohl er an der Schule offiziell angemeldet ist, lebt er mit seiner Mutter und deren Lebensgefährten im Verborgenen. Er hat keine Aufenthaltsgenehmigung. Seine Lehrer machen sich große Sorgen, da Nazrim regelmäßig mit großen Hämatomen zur Schule kommt, die nach seiner Aussage vom Lebensgefährten seiner Mutter stammen. Ein hinzugezogener Jugendrichter erklärt, er könne in dem Fall nichts unternehmen, da der Junge keine Papiere habe. Auch auf die Unterstützung seiner Mutter kann Nazrim nicht zählen: Die Frau lehnt aus Angst, ausgewiesen zu werden, jeden Behördengang ab.

Das ist einer der vielen Fälle, auf den der Jahresbericht des „Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK), der am letzten Montag vorgestellt wurde, aufmerksam macht. „Les mains devraient protéger, pas frapper!“ Gewalt in all ihren Facetten - ob emotionaler oder physischer Missbrauch, Vernachlässigung oder Mobbing, durch Erwachsene verübt oder durch Gleichaltrige, in der Familie geschehend oder im institutionellen Milieu - solche Formen von Gewalt werden im ORK-Jahresbericht angesprochen. Die psychischen Belästigungen spielen sich zunehmend in den sozialen Netzwerken des Internets ab und werden immer grausamer, stellt das Ombudscomité fest, das im vergangenen Jahr von insgesamt 1190 individuellen Problemsituationen Kenntnis erhielt. Einen Schwerpunkt des Berichts bilden der Mangel an ambulanten Hilfestellungen und das Fehlen stationärer Behandlungsplätze für Kinder mit schweren emotionalen Störungen, wie etwa Autismus.

Kritisiert wird vom ORK weiter, dass viele stationäre Einrichtungen, die Kinder aufgrund einer richterlichen Verordnung betreuen, weder den Platz noch die personellen Mittel haben, um eine Einbindung und eine Zusammenarbeit mit den leibli-

chen Eltern zu gewährleisten. Sogar Kleinkinder würden infolge dieses Missstands über Wochen von ihren leiblichen Eltern getrennt.

Daneben weist das Ombudscomité auch die Lehrerschaft auf ihre Verantwortung hin. Die Schule sei sowohl ein Ort, an dem Sozialisierung geschieht, als auch eine Stätte der sozialen Begegnung, wo Jugendliche mit Gleichaltrigen zusammentreffen. Das ORK fordert eine bessere pädagogische Ausbildung der Lehrer, um der Tatsache gerecht zu werden, dass der Erziehungs-, auch ein Beziehungsberuf ist. In diesem Sinne regte das ORK kürzlich in einer Unterredung mit dem Rektorat der Uni Luxemburg an, in den Studiengang der Erziehungswissenschaften auch das Thema Konfliktbewältigung und verwandter Aspekte aufzunehmen. Ebenso wären Weiterbildungen zu besonderen Problemen der Kindererziehung, wie Hyperaktivität, Legasthenie, Hyperbegabung etc. sehr zu begrüßen.

Damit die Kinderrechte endlich einen größeren Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, müssten sie bei der anstehenden Reform der luxemburgischen Verfassung berücksichtigt werden. Eine Forderung, die das Ombudscomité schon in seinem Bericht vom letzten Jahr vorgebracht hat, der jedoch noch immer nicht Rechnung getragen worden ist. Kürzlich hat auch die „Association des communautés éducatives“ (Ance) der zuständigen Parlamentskommission diesbezüglich einen Vorschlag unterbreitet. „Wir erinnern daran, dass die Kinderrechte in der EU-Grundrechtecharta mit einem eigenen Artikel sehr ausführlich erwähnt werden und dass wir europaweit einen Trend der verfassungsmässigen Verankerung von Kinderrechten feststellen“, heißt es in einem Communiqué der Ance. Eine Aufnahme in die Verfassung habe nicht lediglich symbolische Bedeutung, sondern beinhalte auch die Verpflichtung, die Unterschiede in den Lebenschancen von Kindern und Minderjährigen auszugleichen.